



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
17. März 2006

Sechzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 41

Resolution der Generalversammlung

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuss (A/60/L.24 und Add.1)]

60/34. Öffentliche Verwaltung und Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen, insbesondere ihre Resolution 59/55 vom 2. Dezember 2004 über öffentliche Verwaltung und Entwicklung,

Kenntnis nehmend vom zehnten Jahrestag der wiederaufgenommenen fünfzigsten Tagung der Generalversammlung im April 1996, die das Thema öffentliche Verwaltung und Entwicklung behandelte,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die der öffentlichen Verwaltung bei der Planung und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zukommt, und des positiven Beitrags, den sie zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung leisten kann,

betonend, dass es notwendig ist, die Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht der öffentlichen Verwaltung zu verbessern,

erneut erklärend, dass einer effizienten, rechenschaftspflichtigen, wirksamen und transparenten öffentlichen Verwaltung auf nationaler wie internationaler Ebene eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zukommt,

feststellend, dass die Kapazitäten der öffentlichen Institutionen und die Humanressourcen einen entscheidenden Beitrag zur Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur wirksamen Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele leisten werden,

ferner in der Erkenntnis, dass Maßnahmen zum Ausbau einer partizipatorischen und transparenten Regierungsführung den Mitgliedstaaten helfen werden, ihre Kapazitäten zur Bewältigung von Entwicklungs- und anderen Herausforderungen aufzubauen und zu stärken,

betonend, wie wichtig eine partizipatorische, auf die Bedürfnisse der Menschen eingehende öffentliche Verwaltung und eine gute Regierungsführung sind,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs¹;
2. *betont*, dass eine gute Regierungsführung und eine transparente und rechenschaftspflichtige öffentliche Verwaltung auf nationaler und internationaler Ebene zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen werden;
3. *erkennt an*, wie wichtig die Anstrengungen sind, die die Regierungen unternehmen, um die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Regierungsführung und an Entwicklungsprozessen zu fördern, indem sie mit allen Interessenträgern ihrer Gesellschaft, einschließlich des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und nichtstaatlicher Organisationen, zusammenarbeiten;
4. *betont*, dass die einzelstaatlichen Anstrengungen zur Verbesserung der Regierungsführung, der öffentlichen Verwaltung sowie der institutionellen und der Managementkapazitäten unerlässlich sind, damit die Mitgliedstaaten die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, erreichen können, und ermutigt die Mitgliedstaaten, ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken;
5. *ermutigt* die internationale Gemeinschaft, die einzelstaatlichen Anstrengungen, namentlich die der Entwicklungsländer, auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung stärker zu unterstützen, namentlich durch Nord-Süd-Zusammenarbeit, Süd-Süd-Zusammenarbeit und öffentlich-private Partnerschaften, um nach Bedarf unter anderem finanzielle, bildungsbezogene, materielle und technische Unterstützung und Zusammenarbeit zu gewähren;
6. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption² die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten und öffentlichen Eigentums, der Gerechtigkeit, der Verantwortung und der Gleichheit vor dem Gesetz einzuhalten und der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, Integrität zu wahren und eine Kultur der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Ablehnung von Korruption auf allen Ebenen und in allen ihren Formen zu pflegen, und fordert die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht nachdrücklich auf, sofern nicht bereits geschehen, den Erlass von Gesetzen zu erwägen, um diese Ziele zu erreichen;
7. *stimmt darin überein*, dass die Vereinten Nationen Innovationen in den Bereichen Regierung und öffentliche Verwaltung fördern sollen, und betont, wie wichtig es ist, wirksameren Gebrauch von dem Tag des öffentlichen Dienstes und dem Preis der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung in dem Prozess der Neubelebung der öffentlichen Verwaltung durch den Aufbau einer Kultur der Innovation, der Partnerschaft und der Bürgernähe zu machen;
8. *ersucht* den Generalsekretär, auch künftig über das Online-Netzwerk der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung und Finanzen die Verbreitung von Informationen, Wissen und bewährten Verfahrensweisen im Bereich der öffentlichen Verwaltung zu erleichtern;
9. *betont* den wertvollen Beitrag des Globalen Forums "Den Staat neu erfinden" zum Austausch der bei Reformen der öffentlichen Verwaltung gewonnenen Erfahrungen;
10. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von der Erklärung von Seoul über partizipatorische und transparente Regierungsführung, die von den Teilnehmern des vom 24. bis

¹ A/60/114.

² Resolution 58/4, Anlage.

27. Mai 2005 in Seoul abgehaltenen sechsten Globalen Forums "Den Staat neu erfinden" verabschiedet wurde³;

11. *dankt* der Regierung der Republik Korea für die Ausrichtung des sechsten Globalen Forums "Den Staat neu erfinden";

12. *unterstreicht* die Bedeutung, die dem von den Vereinten Nationen im Jahr 2007 auszurichtenden siebenten Globalen Forum "Den Staat neu erfinden" zukommt, auf dem hervorgehoben werden wird, wie wichtig es ist, die öffentliche Verwaltung zu verbessern, um die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zu erreichen;

13. *fordert* die Vereinten Nationen *nachdrücklich auf*, die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Entwicklung so weit wie möglich zu steigern, indem sie nach Bedarf die Partnerschaften mit anderen internationalen und regionalen Organisationen stärken und den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien als Instrument zur Herbeiführung von Entwicklung fördern;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution und über die Ergebnisse des für 2007 anberaumten siebenten Globalen Forums "Den Staat neu erfinden" vorzulegen.

*58. Plenarsitzung
30. November 2005*

³ A/60/391, Anlage.